

PRESSEMELDUNG

Koalitionsvertrag muss globale Nachhaltigkeitsziele festschreiben

Berlin, 26. Januar 2018 – Heute beginnen die Koalitionsverhandlungen zur Bildung einer neuen Bundesregierung. VENRO, der Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe, fordert, dass alle Politikbereiche an der Agenda 2030 ausgerichtet werden, damit Deutschland seiner globalen Verantwortung und seinen internationalen Verpflichtungen gerecht werden kann. Das Sondierungspapier, in dem die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele nicht erwähnt werden, sei eine absolute Enttäuschung gewesen. Deshalb müssten diese im Koalitionsvertrag jetzt festgeschrieben werden. Gemeinsam mit elf zivilgesellschaftlichen Verbänden und Netzwerken hat sich VENRO nun mit einem offenen Brief an die verhandelnden Parteien gewandt.

„Dieser offene Brief ist ein dringlicher Appell aus der Zivilgesellschaft und wir erwarten, dass er bei den Verhandlungen aufgegriffen wird. In allen wichtigen Politikfeldern ist Deutschland meilenweit von einer nachhaltigen Entwicklung entfernt. Das können wir an der Agrarpolitik, der Wirtschaftspolitik, der Verkehrspolitik, beim Klimaschutz oder der Handelspolitik deutlich sehen. Statt Lösungen voranzutreiben, produziert Deutschland Probleme und ist selbst Teil des globalen Problems geworden“, kritisiert Bernd Bornhorst, Vorstandsvorsitzender von VENRO. "Nachhaltigkeit muss sich wie ein roter Faden durch die Kapitel des Koalitionsvertrags ziehen. In allen Politikfeldern brauchen wir konkrete Zielvorgaben, um die 17 nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030 umzusetzen."

Mit dem offenen Brief fordern deshalb die zwölf zivilgesellschaftlichen Verbände und Netzwerke, die Agenda 2030 mit ihren 17 nachhaltigen Entwicklungszielen als Leitbild und Leitfaden im Koalitionsvertrag zu verankern.

„Wir erwarten, dass sich die zukünftige Bundesregierung den globalen Herausforderungen stellt. Bei den Koalitionsverhandlungen sollten Armut und Hunger, der fortschreitende Klimawandel, Kriege sowie Konflikte, die Menschen zur Flucht zwingen, einen hohen Stellenwert einnehmen. Denn auch die Nachhaltigkeit und Überlebensfähigkeit unseres eigenen Gesellschaftsmodells hängt von der Lösung dieser Probleme ab“, erklärt Bornhorst.

Im Januar 2017 verabschiedete die Bundesregierung die neue Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Sie gibt den Rahmen für die Umsetzung der Agenda 2030 in, mit und durch Deutschland vor. „Die künftige Bundesregierung muss die Nachhaltigkeitsstrategie als ein Kerngeschäft ihres politischen Handelns begreifen und im Koalitionsvertrag festschreiben“, sagt Bernd Bornhorst.

Den offenen [Brief](#) haben folgende Verbände und Netzwerke unterzeichnet: AWO Bundesverband, Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen, CorA - Netzwerk für Unternehmensverantwortung, Deutscher Bundesjugendring, Forum Menschenrechte, Forum Umwelt und Entwicklung, Konsortium Ziviler Friedensdienst, Lesben- und Schwulenverband Deutschland, Paritätischer Gesamtverband, Plattform Zivile

Konfliktbearbeitung, Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe, Verbraucherzentrale Bundesverband.

Diese PM finden Sie unter: <http://vernro.org/presse>

Presseanfragen und Kontakt:

Eva Wagner | 030/2639299-23 | e.wagner@vernro.org

VENRO (www.venro.org) ist der Bundesverband entwicklungspolitischer und humanitärer Nichtregierungsorganisationen (NRO). Ihm gehören rund 130 deutsche NRO an, die in der privaten oder kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit tätig sind.